**Bezirkstage 2013**

**Mittelhessen + Nordhessen**

**Praktikerklasse 2** 160 – 340 Silben steigend um 20 Silben je Minute

Übertragungszeit:160 Minuten

Aus einer Regierungserklärung zu den Themen Staatsschuldenkrise, Griechenland-Paket und Europäischer Stabilitätsmechanismus

**Anzugeben:** Staatsschuldenkrise (1.); Staatsverschuldung (2.); Stabilitätsunion (3.); Solidität; Solidarität; Griechenlandpaket, Euro-Zone, Bruttoinlandsprodukt, Griechenland (4.); Lohnniveau (5); griechische Regierung (6.); Kommission der Europäischen Union, Internationaler Währungsfonds (8.); Konstruktionsfehler (10.)

**Probeansage:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Gesprächen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union geht es vor allem darum, was wir in den nächsten 3 Jahren schaffen

¼

müssen, um die Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren. Neben der finanzpolitischen Zusammenarbeit und den damit zusammenhängenden Detailfragen zum

½

Europäischen Stabilitätsmechanismus geht es insbesondere um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im internationalen

¾

Vergleich. Nur mit ihr können wir Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zurückgewinnen. 90 Prozent des weltweiten Wachstums finden außerhalb Europas statt. Es war die Abnahme

**1./200**

der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die wesentlich dazu geführt hat, dass diese Länder in Not geraten sind.

**Ansage**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Staatsschuldenkrise in Europa ist die schwerste Bewährungsprobe in der Geschichte der europäischen

¼

Einigung, und ihre Überwindung ist die große Herausforderung für alle, die heute politische Verantwortung in Europa tragen.

½

Die deutsche Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie alles tun wird, damit Europa diese Bewährungsprobe nicht nur besteht,

¾

sondern damit Europa gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervorgeht. In dieser Lage war es gerade die deutsche Bundesregierung, die

**1./160**

immer wieder vor schnellen und einfachen Lösungen gewarnt hat, und die deutsche Bundesregierung warnt unverändert davor, weil es die schnelle und einfache Lösung nicht

¼

gibt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union befinden sich vielmehr inmitten eines langen Prozesses aufeinanderfolgender Schritte und Maßnahmen, und

½

dieser Prozess wird Jahre in Anspruch nehmen. Seit dem Beginn dieser Krise vor zwei Jahren sind wir ein großes Stück vorangekommen. Heute sind sich die Regierungen der

¾

Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Ursachen der Krise einig. Zu diesen Ursachen zählen insbesondere die übermäßige Staatsverschuldung,

**2./180**

eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten sowie grundlegende Fehler in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion. Meine Damen und Herren!

¼

Wenn wir Lösungen akzeptieren, die die Ursachen dieser Krise bekämpfen, dann können und dann werden wir auch den Weg finden, um wieder aus dieser Krise herauszukommen. Wenn Europa

½

unumkehrbare Schritte hin zu einer nachhaltigen Stabilitätsunion geht, dann beenden wir auch den Weg in die immer tiefere Verschuldung, an deren Ende nicht nur einzelne

¾

Mitgliedstaaten am Abgrund stehen, sondern Europa als Ganzes. Die Europäische Union scheitert, wenn der Euro scheitert; die Europäische Union gewinnt, wenn der Euro

**3./200**

gewinnt. Der Euro gewinnt, wenn wir eine Stabilitätsunion schaffen, die diesen Namen tatsächlich verdient, weil sie von einem starken Fundament aus Solidität, Wachstum und Solidarität getragen

¼

ist. Solidität, Wachstum und Solidarität, sie sind auch die Grundlage des neuen Griechenland-Pakets, auf das sich die Finanzminister der Euro-Zone nach harten Verhandlungen in der letzten

½

Woche geeinigt haben. Wie von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Oktober letzten Jahres beschlossen, soll der griechische Schuldenstand von heute über 160 Prozent

¾

auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2020 zurückgeführt werden. Gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, dass es im Falle Griechenlands nicht

**4./220**

allein ums Sparen geht, so unausweichlich das auch ist; es geht vielmehr in erster Linie darum, Griechenland wettbewerbsfähig zu machen und auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. Dies wird nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten

¼

der Europäischen Union ihren Beitrag leisten. Dies gilt natürlich vor allem für Griechenland selbst. Es ist unbedingt erforderlich, dass die griechische Regierung umfassende wirtschafts- und finanzpolitische

½

Reformen umsetzt. Es führt kein Weg daran vorbei, frühere Fehlentwicklungen jetzt zu korrigieren. So sind in Griechenland zum Beispiel die Löhne nach der Einführung des Euro Jahr für Jahr stärker gestiegen als die Leistungsfähigkeit

¾

der Wirtschaft. Entsprechend sank die Wettbewerbsfähigkeit. Wenn es in Griechenland neues Wachstum geben soll, müssen Lohnniveau und Leistungsfähigkeit wieder in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden. Dazu ist

**5./240**

es unter anderem unbedingt erforderlich, dass die griechische Regierung mit Unterstützung durch die Europäische Union die Steuerverwaltung deutlich verbessert. Gerade die Bezieher hoher Einkommen müssen ihren Beitrag

¼

zur Finanzierung des griechischen Gemeinwesens leisten. Meine Damen und Herren! Griechenland muss in den kommenden Jahren seinen Staatsapparat grundlegend modernisieren und umfassende Strukturreformen durchführen. Dazu sind im griechischen

½

Parlament zahlreiche wichtige Beschlüsse zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gefasst worden. Es ist jetzt unbedingt erforderlich, dass diese Beschlüsse von der griechischen Regierung auch in die Tat umgesetzt werden. Nur auf

¾

diese Weise wird es Griechenland mittelfristig gelingen, zu wirtschaftlichem Wachstum zurückzukehren und damit auch den Lebensstandard jedes einzelnen Bürgers Griechenlands zu verbessern. Das ist auch dringend erforderlich; denn den Menschen in

**6./260**

Griechenland wurde in letzter Zeit bereits Außerordentliches abverlangt. Aber nur durch solche Schritte wird den Menschen in Griechenland eine Perspektive für eine wirklich bessere Zukunft eröffnet. Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich darauf hinweisen,

¼

dass Griechenland in den letzten Jahren bei allen Rückschlägen durchaus auch Fortschritte auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet erzielt hat. Es ist der griechischen Regierung zum Beispiel gelungen, das Staatsdefizit von 10,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts

½

im Jahre 2009 auf 2,4 Prozent im letzten Jahr zu senken. Trotz dieser Fortschritte ist der vor Griechenland liegende Weg lang, und er ist wahrlich nicht ohne Risiken. Dies gilt auch für den Erfolg des neuen Programms, das den Parlamenten der

¾

Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Beschlussfassung vorliegt. Eine hundertprozentige Erfolgsgarantie kann niemand geben. Immer wieder mussten und müssen wir Probleme bei der Umsetzung der Reformmaßnahmen feststellen. Wiederholt hat Griechenland

**7./280**

seine Zusagen nicht eingehalten. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sind deshalb dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Union gefolgt und haben im Oktober letzten Jahres beschlossen, die Überwachungskapazität vor Ort

¼

zu verstärken. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten der Euro-Zone und der Internationale Währungsfonds ihren Beitrag leisten, indem sie das neue Programmpaket mit zusätzlicher öffentlicher Hilfe von bis zu 130 Milliarden Euro

½

unterstützen. Dass der Internationale Währungsfonds weiterhin einen angemessenen Beitrag leistet und seine Erfahrung zur Verfügung stellt, ist für die deutsche Bundesregierung unabdingbar. Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass immer wieder die Frage aufgeworfen

¾

wird, ob Griechenland nicht ein Fass ohne Boden sei und ob es nicht für alle besser sei, wenn Griechenland die Euro-Zone verließe. Diese Fragen haben ihre Berechtigung. Nach Abwägung aller Argumente komme ich zu dem Ergebnis, dass die Risiken, die ein Ausscheiden

**8./300**

Griechenlands aus der Euro-Zone für die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und damit auch für die Bundesrepublik Deutschland hätte, unkalkulierbar und damit nicht verantwortbar sind. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile spreche ich mich deshalb dafür aus, jetzt die Chancen,

¼

die wir Griechenland mit dem neuen Programm eröffnen, zu erkennen und zu nutzen. Denn das Bemühen um eine nachhaltige Stabilisierung Griechenlands dient nicht nur Griechenland, sondern ist ein wichtiger Baustein, mit dem wir eine neue Stabilitätsunion in Europa schaffen. Damit

½

liegt die nachhaltige Stabilisierung Griechenlands nicht nur im Interesse Griechenlands selbst, sondern sie liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie liegt im europäischen Interesse und damit auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Meine

¾

Damen und Herren! Ich bitte Sie um Zustimmung für das neue Griechenland-Paket. Bei allen Maßnahmen geht es im Ergebnis darum, Spielräume für eine nachhaltige Politik zurückzugewinnen. Eine nachhaltige Politik geht nicht auf Kosten kommender Generationen, sondern

**9./320**

eröffnet Spielräume für Investitionen in die Zukunft Europas. Für eine solche nachhaltige Politik können wir in Europa Fortschritte verzeichnen. Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Ende meiner Regierungserklärung auf Fragen eingehen, die die Europäische Union insgesamt

¼

betreffen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben begonnen, die in der Europäischen Union unbedingt erforderlichen und längst überfälligen Strukturreformen anzupacken. Dies gilt sowohl für die nationale Ebene als auch für die europäische Ebene. In diesem Zusammenhang

½

ist eine Ausweitung der politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unbedingt erforderlich. Nur auf diese Weise können wir die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beheben und Schritt für Schritt eine politische Union schaffen. Nur

¾

so wird es tatsächlich gelingen, das Vertrauen in die Euro-Zone zurückzugewinnen. In der Vergangenheit wurde der zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vereinbarte Stabilitäts- und Wachstumspakt auch deshalb immer wieder verletzt, weil Regelverstöße niemals Konsequenzen hatten

**10./340**